



Internationale Solidarität zwischen Beschäftigten entlang der Textil-, Bekleidungs- und Einzelhandelskette

Menschenwürdiges Leben und Arbeiten hier und entlang der Wertschöpfungskette – auch in Zeiten von Corona

In diesen Tagen gibt es kaum ein anderes Gesprächsthema als das Corona-Virus. Die wirtschaftlichen und sozialen Folgen auch im Einzelhandel sind enorm. Während im Lebensmitteleinzelhandel Beschäftigte kaum hinterherkommen die Regale aufzufüllen und Überstunden zu machen, bleibt der übrige Einzelhandel geschlossen. Beschäftigte sehen sich mit Kurzarbeit und Einkommenseinbußen konfrontiert.

Doch dabei bleibt es nicht: Unternehmen wie die Bestseller-Gruppe (u.a. Jack&Jones, Vero Moda, Only) haben 750 Mitarbeiter*innen, S.Oliver 170 Mitarbeiter*innen entlassen. Nachdem die Zara-Konzernmutter Inditex im Geschäftsjahr 2018/19 einen Rekordgewinn nach Steuern von 3,4 Mrd. Euro und in den letzten Monaten Rekordumsätze verzeichnet hatte, kündigte das Unternehmen inzwischen an, nach dem 15. April alle 25.000 Mitarbeiter*innen in den Filialen Spaniens vorübergehend zu entlassen, wenn der Ausnahmezustand über den 15. April hinausgehe. Der Staat soll dann einen Großteil der Lohnkosten übernehmen. Die Beschäftigten in den Logistikzentren des Unternehmens sollen trotz Protesten weiterarbeiten.

In Deutschland bezahlen große Unternehmen wie Zara oder Primark derzeit



noch 100% des Lohns. Allerdings ist anzunehmen, dass sie die Krise dazu nutzen, geplante Umstrukturierungen durchzusetzen. Zara hat bis heute keinerlei Dialog oder Verhandlungen zur Krise mit dem Gesamtbetriebsrat über zukünftige Maßnahmen aufgenommen.

Doch wie sieht die Lage entlang der Wertschöpfungskette bei unseren Kolleg*innen in Südasien aus? Die weltweit führende Textilfirmen haben Medienberichten zufolge bei mehr als 1.000 Produktionsstätten Aufträge in Höhe von rund 1,4 Mrd. Euro ausgesetzt oder kurzfristig storniert. So gab

Primark am 23.3.2020 bekannt, alle Aufträge bei seinen Zulieferern zu stornieren. Zuvor gab es von H&M und Inditex ähnliche Meldungen. Bekleidungsunternehmen verweigern dabei z.T. sogar bereits produzierte, aber noch nicht gelieferte Bestellungen zu bezahlen und berufen sich laut dem globalen Gewerkschaftsverband IndustriAll auf Notfallklauseln in den Lieferverträgen.

Die Folge in Sri Lanka, Indien und Bangladesch sind Fabrikschließungen. Die Existenz unserer Kolleg*innen ist bedroht. Aus **Sri Lanka** berichtet unsere Partnergewerkschaft FTZ &GSEU,





dass die Regierung eine landesweite Ausgangssperre beschlossen und die Fabriken stillgelegt hat - auch aufgrund von Streiks der Arbeiter*innen. Viele Arbeiter*innen in den Exportproduktionszonen können jedoch nicht in ihre Heimatdörfer zurückkehren und müssen in den Arbeiterwohnheimen bleiben. Diese sind überfüllt und begünstigen die Ausbreitung des Virus. Des Weiteren hatten Fabrikunternehmen ursprünglich zugesichert, die Löhne im Falle der Fabrikstilllegung weiterzuzahlen. Nun ziehen sie diese Zusage angesichts der Auftragsstornierungen zurück. Zudem wollen sie, dass die gesetzliche Begrenzung von Überstunden nach Ende der Corona-Krise angehoben wird, um Produktionsausfälle zu kompensieren. Die FTZ&GSEU fordert daher, dass die Unternehmen gesetzlich dazu verpflichtet werden, die Löhne weiterzuzahlen, wenn die Fabriken aufgrund der Corona-Krise geschlossen werden müssen. Zudem sollen alle Beschäftigten nach der Krise wieder auf ihren alten Arbeitsplatz zurückkehren können. Eine Aufweichung der Überstundenregelungen lehnt sie ab.

Diese Auseinandersetzungen werden auch in Indien geführt. Im ganzen Land sind von der Regierung Fabriken stillgelegt worden, auch in der Bekleidungsindustrie. Dies geschah allerdings erst nach einigem Zögern. Im Mandya-Distrikt im indischen Bundesstaat Karnataka beispielsweise sollten Arbeiter*innen auf Druck der Fabrikunternehmen erst weiter in der Textilindustrie arbeiten. In Bangalore protestierten daraufhin Gruppen von Arbeiter*innen vor Textilfabriken, trotz Gesundheitsrisiken zur Arbeit gehen zu müssen und fordern Freistellung von der Arbeit bei vollem Lohnausgleich. Mittlerweile werden Fabrikschließungen umgesetzt und die Bekleidungsunternehmen garantieren, ausstehende Löhne zumindest bis zum Ende der Schlie-Bungen am 31.3.2020 zu zahlen. Schon jetzt beginnen allerdings Auseinandersetzungen, wer die Kosten der Krise

zahlen soll. Den Unternehmen zufolge sollen die Lohnfortzahlungen aus den Sozialversicherungsfonds der Beschäftigten entnommen werden. Arbeiter*innen nach der Krise sollen die Arbeitszeit der Stilllegung nacharbeiten.

In Bangladesch schließen Fabriken mangels Aufträge und Arbeiter*innen verlieren ihr Einkommen. Gemeinsam mit anderen Gewerkschaften fordern unsere Kolleg*innen der NGWF, dass alle noch produzierenden Fabriken schließen, um die Ansteckungsgefahr zu verringern. Die Gesundheit der Beschäftigten hat Vorrang. Unternehmen sollen dazu verpflichtet werden, zur Existenzsicherung der Arbeiter*innen Lohn und Zuschläge weiterzuzahlen. Unmittelbar sollen Unternehmen notwendige Schutzkleidung wie Masken, Handschuhe und auch Desinfektionsmittel an die Arbeiter*innen verteilen, solange die Produktion noch läuft.

Gesundheitsschutz gilt auch, wenn Zulieferunternehmen wie von H&M und Inditex angekündigt - zukünftig Schutzkleidung und Masken produzieren. Beschäftigte in Südasien wehren sich dagegen, weiter in schlecht belüfteten Fabriken dicht an dicht ohne Schutz zu arbeiten. Wenn die Textileinzelhandelsunternehmen Verantwortung übernehmen wollen, haben sie sicherzustellen, dass die Beschäftigten - egal ob in Europa oder Südasien – weiter ihre vollen Löhne erhalten, ihre Arbeitsplätze erhalten bleiben und die Krise nicht für Einschränkungen der Rechte oder des Gesundheitsschutzes von Beschäftigten genutzt wird.

Wir werden in den nächsten Wochen weiter berichten und Stimmen von Kolleg*innen sammeln. Solidarität gilt auch in Zeiten von Corona!

Fabrikschließungen bei voller Lohnfortzahlung

Arbeits- und Gesundheitsschutz, Schutz vor Corona auch in den Zuliefer- und Logistikbetrieben

